

Bonner Friedensbündnis

p.A. Eva Neukamp | Hausdorffstraße 92 | 53129 Bonn

Sehr geehrte/r Frau/Herr

die Mitglieder des Bonner Friedensbündnisses sind in großer Sorge, dass die Bundesregierung mit ihrer Politik im Zusammenhang des Iran-Konflikts, statt zu einer friedlichen Lösung der Krise beizutragen, die Eskalation bis hin zum Ausbruch eines Krieges hinnimmt oder gar verstärkt. Mit Bestürzung haben wir insbesondere zur Kenntnis genommen, dass nicht nur die US-Regierung gemäß ihrer veränderten Atomwaffen-Doktrin (Nuclear Posture Review, 2002) „Terrorstaaten“ mit dem Einsatz von Nuklearwaffen droht, sondern dass unlängst der französische Präsident Ähnliches bei Gefährdung „*unserer vitalen Interessen*“ in Aussicht gestellt hat – und dass die deutsche Bundeskanzlerin daran „*überhaupt nichts zu kritisieren*“ findet.

Vor diesem Hintergrund schließen wir uns einer von der IPPNW initiierten Abgeordneten-Befragung an. Wir wenden uns an Sie als parlamentarische/n Vertreter/in unserer Region, in der Hoffnung auf Ihr entschiedenes Eintreten gegen die verhängnisvolle Entwicklung, mit der Bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aufgrund bloßer Befürchtungen einer zukünftigen iranischen Atombewaffnung – die bisher von der IAEO nicht bestätigt wurde - wird von zwei NATO-Partnern in Verletzung der negativen Sicherheitsgarantien des Nichtverbreitungsvertrags mit dem nuklearen Erstschatz gedroht. **Was werden Sie und Ihre Fraktion zur Abwendung dieser durch die „westliche Wertegemeinschaft“ heraufgebeschworenen Gefahr eines Atomkriegs unternehmen?**
2. Das Bundesverwaltungsgericht hat (mit Urteil vom 21.06.05) in aller Form „*gravierende völkerrechtliche Bedenken*“ gegen die diversen deutschen Unterstützungsleistungen für die Aggression gegen den Irak anerkannt. Trotzdem erwarten viele Beobachter im Falle eines Krieges gegen den Iran eine noch bereitwilligere, offene Unterstützung durch die neue Bundesregierung. Unsere Frage daher an Sie: **Wie werden Sie und Ihre Fraktion im Falle einer dann erforderlichen parlamentarischen Entscheidung abstimmen? Können wir damit rechnen, dass Sie sich a) einer Beteiligung der Bundeswehr an einem Militäreinsatz gegen den Iran sowie b) der logistischen Unterstützung für andere beteiligte Armeen widersetzen?**
3. Deutschland trägt mit seiner Lieferung von atomwaffenfähigen U-Booten an Israel wesentlich zu der Gefahr eines nuklearen Wettrüstens in der Region bei. **Welche Möglichkeiten sehen Sie bzw. Ihre Fraktion, einen Stopp der Waffenlieferung in dieses Krisengebiet zu erreichen? Was gedenken Sie und Ihre Fraktion dafür zu tun?**
4. Aus unserer Sicht ist eine regionale Friedenslösung, die Israel, dem Iran sowie den anderen betroffenen Nationen Sicherheit garantiert, dringend nötig. Dazu sollte auf jeden Fall die von der UNO seit langem geforderte atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten gehören. **Sind Sie und Ihre Fraktion bereit, sich für die Einberufung einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ in dieser Region einzusetzen, um diese Ziele voranzubringen? Wann können wir ggf. mit einer entsprechenden Initiative rechnen?**
5. Der Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet die 5 darin anerkannten Atomwaffenstaaten zur „*allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle*“ (Art. VI NVV). Diese rechtsverbindliche Verpflichtung wird von den Nuklearwaffenmächten offen missachtet; Verhandlungen über die weitere Umsetzung des NVV sind im vorigen Sommer gescheitert. **Was werden Sie tun, um dieses für den Weltfrieden und eine sichere Zukunft so wichtige Vertragswerk zu retten und seine Einhaltung seitens unserer Alliierten zu erreichen?**

Über einen direkten Dialog zu Möglichkeiten der friedlichen Regelung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie über die Konfliktursachen würden wir uns freuen. In Anbetracht der ungeheuren Gefahren, die mit der aktuellen Situation gegeben sind, und angesichts der nahezu täglichen Zuspitzung der Lage, bitten wir Sie um eine baldige Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Albert Fuchs, für das Bonner Friedensbündnis

[am 28.03.06 an die MdB U. Kelber, U. Merten, Dr. N. Röttgen, Dr. G. Westerwelle, E. Winkelmeier-Becker - z.K. an die lokale und regionale Presse: Bonner Rundschau, Express, General-Anzeiger, Kölner Stadtanzeiger, Rheinischer Merkur]